

FDP zum SPD-Antrag auf Feestsetzung eines Ordnungsgeldes gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden wegen Verstoßes gegen seine Verschwiegenheitspflicht

### **"Wir sind grundsätzlich gegen Standgerichte!"**

Die SPD-Stadtratsfraktion hat in der Ratssitzung am 10. Oktober den Antrag gestellt, gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden Wilfrid Fabel ein Ordnungsgeld i.H.v. 250 Euro "wegen seines Verstoßes gegen seine Verschwiegenheitspflicht aus § 30 Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung aus seiner Akteneinsicht gemäß § 55 Abs. 5 GO rund um die Vorgänge zum Bebauungsplan 704" festzusetzen. Dieser Antrag, der schließlich nicht zur Abstimmung gestellt wurde, stieß auf Widerstand der FDP-Stadtratsfraktion.

"Grundsätzlich dient das Instrument der Akteneinsicht von Ratsmitgliedern dazu, Transparenz in das Verwaltungshandeln zu bringen und die Öffentlichkeit zu informieren. Würden Erkenntnisse, die aufgrund einer Akteneinsicht gewonnen werden, grundsätzlich der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wäre die Akteneinsicht ein stumpfes Schwert", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Nur bei Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach erforderlich sei, insbesondere dann, wenn ansonsten berechnigte Interessen einzelner Personen verletzt würden, unterlägen Erkenntnisse aus einer Akteneinsicht einer Verschwiegenheitspflicht.

Erhebliche Bedenken gegen das Vorgehen der SPD-Stadtratsfraktion ergeben sich für die FDP auch "unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten".

Ein Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes gegen ein Mitratsmitglied per Tischvorlage zu präsentieren und zu verlangen, dass hierüber abgestimmt wird, verletzt das Recht des Betroffenen, vor Verhängung sich mit dem Vorwurf im einzelnen auseinandersetzen zu können, wozu ihm eine Stellungnahmefrist eingeräumt werden muss. "Standgerichte sind dem deutschen Rechtswesen Gott sei Dank seit dem Ende des zweiten Weltkrieges unbekannt. Wir sehen es auch als kritisch an, wenn es Schule macht, das mehrheitlich gegen einzelne Ratsmitglieder Ordnungsgelder verhängt werden", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.